

Pressemitteilung

Linz, 18. September 2024

LK-Vollversammlung stellt klar: Renaturierungsziele nur mit Anreizen statt Verboten umsetzbar

OÖ Landwirtschaft zeigt schon jetzt hohes Engagement im Umwelt- und Biodiversitätsschutz

„Die Land- und Forstwirtschaft bekennt sich klar zum Schutz der Lebensgrundlagen, der Biodiversität und des Klimas. Sie ist aber auch Hauptbetroffener der Renaturierungsverordnung. Die Erfahrung zeigt, dass erfolgreiche Naturschutzprojekte die Zusammenarbeit mit Grundeigentümern und den Bewirtschaftern benötigen. Maßnahmen müssen die Grundrechte wie Eigentum und Erwerbsfreiheit respektieren und auf Freiwilligkeit basieren. Daher ist der intensive und ehrliche Einbezug von Vertretern der Land- und Forstwirtschaft, wenn es um die Erstellung der Wiederherstellungspläne geht, unverzichtbar. Die Maßnahmen müssen vor allem umsetzbar, praxistauglich und tatsächlich wirksam sein. Zusätzlich müssen bisher schon von den Bäuerinnen und Bauern erbrachte (Naturschutz-) Maßnahmen sowie Vorleistungen ausreichend berücksichtigt und entsprechend anerkannt werden“, so LK-Präsident Franz Waldenberger.

Weitere Forderungen von Seiten der Landwirtschaftskammer sind primär auf Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes zu setzen und dass alle Teile der Gesellschaft ihren angemessenen Beitrag für intakte Ökosysteme und den Erhalt der Kulturlandschaft leisten. Sämtliche Potentialflächen, wie Böschungen, Parkplätze und Hausgärten, müssen zunächst prioritär genutzt werden. Zudem muss in Europa mit gleichem Maß hinsichtlich des Umweltmonitorings gemessen werden. Unterschiede in den nationalen Bewertungen zeigen die Notwendigkeit einer einheitlichen Methodik auf. Beispielhaft wird der Biber in der alpinen Region Österreichs mit einer Population von ca. 1.200 als „ungünstig“ eingestuft, Polen sieht in seinem alpinen Bereich bei ähnlicher Verbreitungs- und Populationsgröße einen „günstigen“ Zustand als gegeben an. Abgesehen davon gibt es viele weitere derartige Beispiele, in denen Österreich im Vergleich zu anderen Ländern bessere Parameter aufweist, allerdings eine schlechtere Bewertung des Erhaltungszustands vornimmt. Diese Ungleichheit muss rasch ein Ende finden.

Finanzierung von zusätzlichen Umweltmaßnahmen sicherstellen

„Wird im Zuge der Umsetzung der EU-Renaturierungsverordnung von der Land- und Forstwirtschaft die Umsetzung zusätzlicher Umwelt-, Naturschutz- und Biodiversitätsleistungen erwartet, so müssen dafür auch die erforderlichen öffentlichen Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden. Für zusätzliche Maßnahmen braucht es daher zusätzliche Mittel. Wir werden es nicht akzeptieren, dass dafür vorhandene Fördertöpfe wie GAP- und ÖPUL-Gelder verwendet werden. Wer daher zusätzlichen Naturschutz einfordert, muss auch die Rechnung dafür bezahlen und frisches Geld aufbringen“, fordert Waldenberger.

Künftige Bundesregierung muss Agrarfinanzierung sicherstellen

Zudem fordert die Vollversammlung von der künftigen Bundesregierung den in der aktuellen Legislaturperiode schon eingeschlagenen Weg der Inflationsanpassung für Ausgleichszahlungen (ÖPUL, Bergbauern-Ausgleichszulage) weiter fortzusetzen und auf EU-Ebene konsequent eine Inflationsanpassung für EU-Direktzahlungen einzufordern. „Die Sicherstellung und laufende Dynamisierung des wirtschaftlichen Wertes von Direkt- und Ausgleichszahlungen ist für den Erhalt einer flächendeckenden Landbewirtschaftung sowie die Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der in Österreich im EU-Vergleich eher klein strukturierten bäuerlichen Familienbetriebe absolut unverzichtbar. Die Land- und Forstwirtschaft sichert die Versorgungssicherheit im Land und ist notwendiger Partner im Umwelt- und Biodiversitätsschutz. Eine funktionstüchtige Land- und Forstwirtschaft ist daher im Sinne der gesamten Gesellschaft“, so Waldenberger.



*„Wir fordern Anreize statt Verbote für die Umsetzung der Renaturierungspläne. Die Landwirtschaft in Oberösterreich engagiert sich bereits stark im Umwelt- und Biodiversitätsschutz und diese Leistungen müssen anerkannt werden. Zusätzliche Maßnahmen erfordern zusätzliche Mittel. Außerdem muss die künftige Regierung die Agrarfinanzierung sichern, um eine flächendeckende Landbewirtschaftung zu gewährleisten“, unterstreicht LK-Präsident Franz Waldenberger bei der heutigen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ.
Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei*

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: DI Daniel Rogl
Tel +43 50 6902-1491, medien@lk-ooe.at